
204/AB XXII. GP

Eingelangt am 09.05.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Finanzen

Anfragebeantwortung

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 217/J vom 19. März 2003 der Abgeordneten Mag. Ulli Sima und Kollegen, betreffend die Position der Bundesregierung zur geplanten Aufstockung des EURATOM-Kreditrahmens, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Einleitend verweise ich in diesem Zusammenhang auf die Position dieser Bundesregierung, die im Regierungsprogramm unter dem Titel "nuklearer Sicherheit" festhält, die Atom-Politik auf Basis der bisherigen Entschlie-ßungen des Nationalrates, insbesondere der Entschlie-ßung 143/E vom 10. Juli 2002 aktiv fortzusetzen. Im Rahmen von EURATOM werden daher die Entscheidungen daran orientiert, dass keine zusätzlichen Mittel für der. Neubau oder Kapazitätsausweitungen von AKW und die Nachrüstung von AKW mit einer damit verbundenen Laufzeitverlängerung verwendet werden. Daher sollen solche zusätzlichen Mittel allenfalls für Sicherheits-Verbesserungen mit verbindlich fixierten Schließungsdaten, für Dekommis-sionierungen von Atomanlagen oder für Endlagerprojekte verwendet werden, wenn die Betreiber dazu aus eigener finanzieller Kraft nicht in der Lage sind.

Unter dieser Prämisse komme ich nun zur Beantwortung der konkreten Fragen:

Zu 1.:

Ja, das von Ihnen angesprochene Non Paper wurde im Hinblick auf die Sitzung der RAG-Finanzexperten am 30. Jänner 2003 von der Europäischen Kommission erstellt und enthält vor allem einen historischen Überblick über die Anzahl der Projekte und die Höhe der in den jeweiligen Staaten gewährten Darlehen. Darüber hinaus enthält es eine Liste mit „potentiellen künftigen Kreditnehmern“, wobei unter diesen Projekten auch die Fertigstellung von Reaktoren in der Russischen Föderation angeführt sind.

Dieses noch inoffizielle „Non Paper“ wurde jedoch von der Europäischen Kommission zurückgezogen und durch ein revidiertes Non Paper („Version 2“) ersetzt. In dieser Version wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Liste mit den potentiellen künftigen Kreditnehmern nur eine Liste von der Europäischen Kommission bekannten Projekten darstellt, und mit der Nennung eines Projektes keinerlei Vorentscheidung über künftige Darlehensgewährungen getroffen wird.

Zu 2.:

Eine österreichische Zustimmung zur Aufstockung des EURATOM-Kreditrahmens wird nur dann in Frage kommen, wenn zweifelsfrei sichergestellt ist, dass die Mittel nur für die Schließung von AKW oder die Behebung von Sicherheitsmängeln bei fixen Schließungsdaten verwendet werden. Darüber hinaus wird die Entschließung des Nationalrates vom 10. Juli 2002 (E 143-NR/XXI. GP), die eine Euratom-Kreditrahmenerhöhung von 4 auf 6 Mrd. € zum Bau neuer Atomkraftwerke ablehnt, und auf die auch wie bereits erwähnt im Regierungsprogramm Bezug genommen zu beachten sein.

Zu 3.:

Die Europäische Kommission hat am 6. November 2002 zwei Vorschläge für Änderungen von EURATOM-Entscheidungen vorgelegt:

1. Änderungsvorschlag zu Entscheidung 77/271/Euratom (KOM (2002) 457): Aufstockung des Haftungsrahmens für EURATOM-Anleihen von derzeit 4 Mrd. € auf 6 Mrd. €
2. Änderungsvorschlag zu Entscheidung 77/270/Euratom (KOM (2002) 456): Ausdehnung der möglichen Verwendung von EURATOM-Darlehen auf Projekte zur Sicherheits- und Effizienzverbesserung sowie zur Dekommissionierung in Mitgliedsstaaten, Erhöhung der Förderquote für Projekte zur Sicherheits- und Effizienzverbesserung und Beteiligung an der Finanzierung eines Brennstoff- und Materialtestreaktors.

Hinsichtlich der Mehrheitserfordernisse bei der Abstimmung, hat der juristische Dienst des Rates der Ratsarbeitsgruppe Finanzexperten am 30. Jänner ein schriftliches Gutachten vorgelegt. Demnach hat der Beschluss über die Rahmenerhöhung mit einfacher Mehrheit, jener über den Anwendungsbereich einstimmig zu erfolgen.

Wann, und in welcher Form diese Vorschläge dem ECOFIN-Rat zur Entscheidung vorgelegt werden ist derzeit nicht absehbar.

Was meine Haltung in der Sache betrifft, verweise ich auf meine Antwort zu Frage 2.

Zu 4. bis 9.:

Die Sichtweise, wonach die österreichische Position zur Frage von EURATOM-Krediten an der Realität vorbeigeht, ist für mich nicht nachvollziehbar.

Im Übrigen verweise ich auf meine Antwort zu Frage 2.

Zu 10. bis 11. und 14.:

Die Vorschläge der Europäischen Kommission werden derzeit auf Expertenebene geprüft. Dies erfolgt in der Ratsarbeitsgruppe Finanzexperten. Österreich wird, wie bereits in der Vergangenheit, seine Argumente auch in Zukunft konsequent in diese Diskussion einbringen, mit dem Ziel ein, im Sinne der österreichischen Interessen, möglichst günstiges Ergebnis zu erreichen.

Dabei werde ich mich, wie bereits bisher mit dem mitzuständigen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft-, Umwelt und Wasserwirtschaft abstimmen.

Ich weise nochmals ausdrücklich darauf hin, dass Österreich die Aufstockung des Kreditrahmens selbst weder alleine noch mit Unterstützung jener Staaten, die ebenfalls eine kritische Haltung einnehmen, verhindern kann, weil für einen entsprechenden Beschluss eine einfache Mehrheit ausreichend ist.

Die Entscheidung über die Änderung der Verwendung von EURATOM-Krediten ist einstimmig zu treffen und grundsätzlich durch Österreich verhinderbar. In diesem Falle blieben die Entscheidungen 77/270/Euratom und 94/179/Euratom unverändert in Kraft.

Zu 12. und 13.:

Nein.

Zu 15.:

EURATOM-Kredite sind kommerzielle Kredite, wobei die Mittel von der Europäischen Kommission auf den Kapitalmärkten aufgenommen und an

die jeweiligen Darlehensnehmer weitergereicht werden. Eine Inanspruchnahme des EU-Haushaltes, und damit mittelbar auch Österreichs, wäre nur für den Fall denkbar, dass ein Darlehensnehmer - im Falle von Drittstaaten zusätzlich der Drittstaat selbst - zahlungsunfähig werden würde. Dies ist bisher noch nie der Fall gewesen.

Im Übrigen verweise ich auf meine Antwort zu Frage 1.